

**Jahresbericht Südsudan 2016**

Auch in 2016 blieb die politische Situation im Südsudan sehr angespannt. Nach der Staatsgründung im Jahre 2011 kam es vor allem zwischen den Jahren 2013 und 2015 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des amtierenden Präsidenten Salva Kiir und den Anhängern seines ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar. Im August 2015 war ein Friedensabkommen geschlossen worden und die Afrikanische Union hatte beschlossen, einen Hybrid-Gerichtshof mit nationalen und internationalen Richter und Richterinnen zur Aufarbeitung der Verbrechen zu errichten.

Am 15. April 2016 veröffentlichte Amnesty International eine Liste von 35 Männern, welche seit Monaten, in Einzelfällen sogar seit Jahren, vom südsudanesischen Geheimdienst NSS festgehalten werden, ohne dass es zur Anklage oder gar zu einem Prozess kommt. Die Gefangenen haben keinen Zugang zu Rechtsbeistand und auch der Kontakt zur Familie wird nur sehr eingeschränkt ermöglicht. Die Haftbedingungen sind sehr schlecht, es fehlt an Nahrung, medizinischer Versorgung und adäquaten sanitären Bedingungen. Bereits im letzten Jahr berichteten ehemalige Gefangene von Folter und Misshandlung in der Haft des NSS (siehe Jahresbericht von 2015). Amnesty International betonte, dass es sich bei den 35 genannten Personen nur um die namentlich bekannten Inhaftierten handele und davon auszugehen sei, dass die tatsächliche Zahl der willkürlich im Südsudan Inhaftierten sehr viel höher sei. Die Inhaftierten müssten entweder umgehend freigelassen oder aber angeklagt werden. Weiterhin forderte Amnesty International, dass die Regierung die Haftbedingungen des NSS sowie die geltend gemachten Folttervorwürfe untersuchen und die weitreichenden Befugnisse des NSS grundsätzlich einschränken müsste.

Erschreckende Berichte über die Haftbedingungen im Südsudan erreichten Amnesty International auch in den folgenden Monaten. Satelliten-Bilder des Gorom-Gefängnisses südlich der Hauptstadt Juba bestätigten, dass die Gefangenen dort in vier metallenen Schiffscontainern untergebracht sind. Vermutlich handelt es sich bei den Inhaftierten um Mitglieder der ehemaligen Rebellenarmee Sudan People's Liberation Movement (SPLM). Aussagen zu Folge sind die dortigen Zustände so schlimm – es mangelt an Nahrung und Trinkwasser, die Container werden nicht belüftet, das Sicherheitspersonal schlägt die Gefangenen regelmäßig – dass mehrere Gefangene bereits gestorben sind. Amnesty International warnte am 27. Mai 2016 öffentlich davor, dass bei Andauern der Zustände weitere Menschen ums Leben kommen würden und forderte den Leiter des Militärgeheimdienstes Generalmajor Marial Nour und den Präsidenten Salva Kiir auf, den Zuständen im Gorom-Gefängnis umgehend ein Ende zu bereiten.

Anlässlich des 5. Jahrestages der Staatsgründung am 9. Juli 2016 veröffentlichte Amnesty International einen Bericht über die Folgen des Bürgerkrieges von 2013 bis 2015 für die psychische Gesundheit der Zivilbevölkerung ([„Our hearts have gone dark“: The mental impact of South Sudan’s conflict](#)). Zu den in diesem Zeitraum begangenen Verbrechen zählen Massenerschießungen, Vergewaltigungen, Folter, Entführungen und sogar erzwungener Kannibalismus (siehe Jahresberichte von 2014 und 2015). Der Bericht basiert auf Aussagen von 161 Überlebenden, von denen nahezu alle unter Symptomen von Depressionen und posttraumatischen Belastungsstörungen leiden. Die psychiatrische Versorgung im Südsudan ist absolut unzureichend, es gibt im ganzen Land nur zwei praktizierende Psychiater.

Dem Friedensabkommen vom August 2015 zum Trotz begannen im Juli 2016 die Kämpfe erneut. Amnesty International und die Organisation FIDH appellierten am 13. Oktober 2016 an die Afrikanische Union und die südsudanesischen Regierung trotz der anhaltenden Ausschreitungen die Errichtung des geplanten Hybrid-Gerichtshofs voranzutreiben.